

ÖFFENTLICHE BESCHLUSSVORLAGE

Amt/Eigenbetrieb:

32 Amt für öffentliche Sicherheit, Verkehr und Personenstandswesen

Beteiligt:

20 Stadtkämmerei
61 Fachbereich Stadtentwicklung, Planen und Wohnen
66 Fachbereich Planen und Bauen für Grün, Straßen und Brücken
67 Fachbereich Grünanlagen-Straßenbetrieb

Betreff:

Abschaltung von Lichtzeichenanlagen (Ampeln) im Bezirk Mitte

Beratungsfolge:

13.06.2006 Bezirksvertretung Hagen-Mitte
20.06.2006 Stadtentwicklungsausschuss

Beschlussfassung:

Stadtentwicklungsausschuss

Beschlussvorschlag:

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen. Die Verwaltung wird beauftragt, unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, die zur Abschaltung der vorgeschlagenen LZA führen. Die erforderlichen Haushaltsmittel sind für das Jahr 2006 zusätzlich zur Verfügung zu stellen.

Die zur Abschaltung vorgeschlagenen Lichtzeichenanlagen (LZA) wurden nach dem gesetzlich vorgeschriebenen Verfahren daraufhin untersucht, inwieweit die Abschaltung unter Verkehrssicherheitsgründen verantwortbar ist. Danach ergeben sich dauerhafte Konsolidierungspotentiale von rd. 17.390 € jährlich bei einmaligen Investitionen von rd. 18.900 €.

BEGRÜNDUNG

Drucksachennummer:

0496/2006

Teil 3 Seite 1

Datum:

24.05.2006

- 2003 hatte das damalige Straßen- und Brückenbauamt eine Vorlage über die Abschaltung von LZA in Tempo 30-Zonen in den politischen Beratungslauf gegeben. Dies war möglich geworden durch eine Änderung der Straßenverkehrsordnung (StVO) vom 01.01.2001. Danach haben LZA in Tempo 30-Zonen, die zum Schutz des Fußgängerverkehrs (insbesondere vor Schulen, Kindergärten oder sonstigen schutzwürdigen Einrichtungen) aufgestellt wurden, zwar Bestandsschutz und dürfen weiter betrieben werden, neu sind solche Anlagen in diesen Zonen aber nicht mehr zulässig.
- Die Vorlage fand allerdings keine politische Zustimmung. Die Verwaltung wurde stattdessen aufgefordert, andere LZA zur Abschaltung vorzuschlagen.
- Darauf hin hat die Straßenverkehrsbehörde, zuständig für die Anordnung von Verkehrseinrichtungen (LZA, § 43 StVO), nach dem gesetzlich vorgeschriebenen Verfahren, also unter Beteiligung der Polizei und des Straßenbaulastträgers, sämtliche LZA im Hagener Stadtgebiet untersucht. Dabei lag die Priorität auf Verkehrssicherheit, und zwar nicht nur derjenigen des fließenden Verkehrs, sondern auch der Fußgänger und hier besonders der Kinder, sowie älterer und behinderter Menschen. Dies hat auch die Politik offenbar so gesehen und die Verwaltung ausdrücklich aufgefordert, über die gesetzlichen Vorgaben hinaus ebenfalls den Behindertenbeirat in die Ergebnisfindung mit einzubeziehen. Auch der Seniorenbeirat hat von sich aus zu der Thematik Stellung bezogen.
- Bei der Untersuchung sämtlicher 226 LZA im Stadtgebiet, die sich in der Baulast der Stadt befinden, wurden die Anlagen in Tempo 30-Zonen sowie die Vorschläge aus Politik, Medien und von Bürgern besonders intensiv betrachtet.
- Im Ergebnis haben die Polizei, der Behinderten- sowie der Seniorenbeirat die Abschaltung von LZA als wirksamstes Mittel zur Verkehrssicherheit abgelehnt.
- Die Straßenverkehrsbehörde hat deshalb nach Abwägung aller Argumente eine Entscheidung getroffen, die mit der nachfolgenden Aufstellung vorgelegt wird:

1. Abzuschaltende LZA im Bezirk Mitte**1.a. – Vorschläge der Verwaltung – Tempo 30-Zonen**

Nach Änderung der StVO ab 01.01.2001 ist nach Auffassung des Gesetzgebers die Verkehrssicherheit in Tempo 30-Zonen auch ohne LZA für alle Verkehrsteilnehmer gewährleistet. Durch die Verwaltungsvorschriften zur StVO und die in der Novellierung enthaltenen Übergangsvorschriften sind die Straßenverkehrsbehörden gehalten, bestehende Tempo 30-Zonen zu überprüfen, Änderungen anzuordnen bzw. bei evtl. Neueinrichtung keine LZA mehr vorzusehen. Mit der Bezirksregierung wurde abgestimmt, dass, obwohl die StVO diese nicht mehr vorsieht, zur Erhöhung der Verkehrssicherheit als Ersatz für eine abgeschaltete LZA ein „Zebrastreifen“ eingerichtet werden kann. Alternativ besteht die Möglichkeit, durch den Einsatz der mobilen städtischen Geschwindigkeitsüberwachungsanlage in Absprache mit der Polizei an diesen Stellen Verkehrssicherheitsarbeit zu leisten.

Standort	Ersatzmaßnahme	Einmalige Einrichtungs- kosten €	Unterhalt LZA jährlich €
Lange Str./Roonstr.	1 FGÜ	ca. 2.700	ca. 1.750
Lange Str./Schule	1 FGÜ	ca. 2.700	ca. 1.230
Heinrichstr./Kuhlest.	1 FGÜ	ca. 2.700	ca. 1.480
Bergstr./Konkordiastr.	Mini-Kreisverkehr 4 Zebrastreifen	ca. 10.800	ca. 1.750
Summe einmalige Einrichtung Ersatzmaßnahmen ./l. lfd. Unterhaltung LZA jähr- lich = Konsolidierung		ca. 18.900	ca. 6.210

Die Abschaltung der LZA hat den Effekt, dass auf Dauer die jährlichen Unterhaltungskosten eingespart werden können. Dem sind die einmaligen Einrichtungskosten für die Fußgängerüberwege („Zebrastreifen“) gegenüberzustellen, so dass ab dem 4ten Jahr von einem Konsolidierungsvolumen von 6.210 € jährlich ausgegangen werden kann. Notwendige Beleuchtung im Einzelfall sowie Montagekosten von Schildern können die Kosten erhöhen und den Konsolidierungserfolg einmalig geringfügig vermindern.

BEGRÜNDUNG**Drucksachennummer:**

0496/2006

Teil 3 Seite 3**Datum:**

24.05.2006

1.b. – Vorschläge der Verwaltung, Politik, Medien, Bürger

Die nachfolgenden LZA stehen außerhalb von Tempo 30-Zonen. Die Standorte sind in Bezug auf Verkehrssicherheit eingehend untersucht wurden (Unfalllage, Verkehrsaufkommen, Verkehrsfluss, etc.). Ausschlaggebend für den Vorschlag ist, dass sie durch den Ersatz einfacher, kostengünstiger Maßnahmen zukünftig, was die Sicherheit angeht, adäquat einzuschätzen sind.

Standort	Ersatzmaßnahme	Einmalige Einrichtungskosten €	Unterhalt LZA jährlich €
Eckeseyer Str./Wehrstr.	1 Stopp-Schild		ca. 2.300
Elberfelder Str./Konkordiastr.	Umbau, Neugestaltung Theaterplatz	finanziert durch Umbau- projekt	ca. 3.300
Kampstr./Bergstr./Goldbergstr.	Kreisverkehr 4 Zebrastreifen	finanziert durch Maß- nahmen Innenstadt	ca. 3.300
Hochstr./Mariengasse	Tempo 30, Einengung, 1 FGÜ	finanziert durch Bau- maßnahme Museum	ca. 2.280
Summe einmalige Einrichtung Ersatzmaßnahmen ./l. lfd. Unterhaltung LZA jähr- lich = Konsolidierung			ca.11.180

Sämtliche Maßnahmen sind bereits finanziert, so dass bei Abschaltung der LZA der jeweilige Konsolidierungseffekt sofort eintritt.

Notwendige Beleuchtung im Einzelfall sowie Montagekosten von Schildern können die Kosten erhöhen und den Konsolidierungserfolg geringfügig vermindern.

2. – Nicht abzuschaltende LZA im Bezirk Mitte**Vorschläge der Politik, Medien, Bürger**

In dieser Liste finden sich LZA, die durch Politik, Medien und Bürger zur Abschaltung vorgeschlagen wurden, aber nicht abgeschaltet werden sollen. An vorderster Stelle der Prüfkriterien steht immer Verkehrssicherheit für alle Verkehrsteilnehmer, vornehmlich jedoch für Fußgänger. Lichtsignalanlagen sind allemal sicherer als andere Verkehrseinrichtungen.

Die Stadt Hagen hat durch konsequente Bemühungen im Bereich der Verkehrssicherheit inzwischen, zumindest was die Häufigkeit von Kinderunfällen angeht, eine vordere Position in NRW erlangt. Dies ist sicherlich genau so hoch zu bewerten wie der Spitzenplatz unter den sichersten (Kriminalität) Großstädten in der BRD, zumal die Hagener Bürger in den Befragungen stets deutlich gemacht haben, dass die Gefahr, durch einen Verkehrsunfall zu Schaden zu kommen, demjenigen durch Kriminalität in Nichts nachsteht! Dieser „weiche“ Standortfaktor sollte nicht ohne weiteres aus der Hand gegeben werden.

Standort	Gründe gegen die Abschaltung	Kosten der lfd. Unterhaltung jährlich €	
		Wartung + Lampen-tausch	Strom
Heinitzstraße / Aschebergstraße	<ul style="list-style-type: none">► hohe Geschwindigkeiten, da BAB-Zubringer► Schutzfunktion für Kreuzung Landgericht	ca. 3.840 + 4.340	ca. 500
Emster Str. / Cunostraße / Berg-ruthe	<ul style="list-style-type: none">► Schulwegsicherung, Ki-Garten in der Nähe► Zuschuss gebunden► Elterninitiative	ca. 2.135 + 2.770	ca. 575

BEGRÜNDUNG**Drucksachennummer:**

0496/2006

Teil 3 Seite 5**Datum:**

24.05.2006

Bahnhofstraße / Hindenburgstraße	► Anlage blindengerecht ► Unfallhäufungsstelle ► Ausweichstrecke f.d. ÖPNV ► Rettungsweg Feuerwehr wenn G-v-G-Ring blockiert ist	ca. 2.940	ca. 2.170
Hochstraße / Engelsgasse	► Schulwegsicherung ► Kinderspielplatz ► hohes Verkehrsaufkommen ► beidseitig parkende Fzg.	ca. 750	ca. 500
Märkischer Ring / Elbersufer	► Schulwegsicherung ► Anlage Zuschuss gebunden ► Elterninitiative pro LZA	ca. 930	ca. 450
Feithstraße / Lützowstraße	► Schulweg ► eine der unfallträchtigsten Straßen in Hagen ► hohe Geschwindigkeiten ► Zubringer zur BAB ► ÖPNV-Trasse	ca. 2.020	ca. 1.740
Summe lfd. jährliche Unterhaltung		19.725	5.935

3. - Nicht zu bauende LZA im Bezirk Mitte

Beim Fachbereich 66, Abteilung Verkehrstechnik, wird eine Prioritätenliste über zu bauende LZA geführt, die auf Beschlüsse der Politik zurückzuführen ist. Aus dieser Liste konnte in den letzten Jahren mangels HH-Mittel nicht eine beschlossene LZA gebaut werden. Auf die Umsetzung der Beschlüsse sollte verzichtet werden, da sich die Anlagen Lange Str. / Södingstr., Heinrichstr. / Albrechtstr. und Cunostr. / Am Großen Feld jeweils in einer Zone 30 befinden und nach den neuen Vorschriften der StVO nicht mehr zulässig sind. Die Standorte Haldener Str. / Erikastr. bzw. Max-Beckmann-Str. sind keine Gefahrenstellen, da die von der Polizei erfasste Unfalllage in diesen Bereichen völlig unauffällig ist.

Haldener Straße / Erikastraße	Geschätzte Baukosten:	ca. 50.000 €
Haldener Straße / Max-Beckmann-Straße	Geschätzte Baukosten	ca. 50.000 €
Lange Straße / Södingstraße	Geschätzte Baukosten:	ca. 50.000 €
Heinrichstraße / Albrechtstraße	Geschätzte Baukosten:	ca. 70.000 €
Cunostraße / Am Großen Feld	Geschätzte Baukosten:	ca. 65.000 €

FINANZIELLE AUSWIRKUNGEN

Teil 4 Seite 1

Drucksachennummer:

0496/2006

Datum:

24.05.2006

☐ Es entstehen keine finanziellen und personellen Auswirkungen.

Hinweis: Diese und alle weiteren Zeilen in diesem Fall bitte löschen!

1. Rechtscharakter

- ☐ Auftragsangelegenheit
- ☒ Pflichtaufgabe zur Erfüllung nach Weisung
- ☐ Pflichtaufgabe der Selbstverwaltung
- ☐ Freiwillige Selbstverwaltungsaufgabe
- ☐ Vertragliche Bindung
- ☐ Fiskalische Bindung
- ☐ Beschluss RAT, HFA, BV, Ausschuss, sonstige
- ☐ Dienstvereinbarung mit dem GPR
- ☐ Ohne Bindung

Erläuterungen:

2. Allgemeine Angaben

- ☐ Bereits laufende Maßnahme
 - ☐ des Verwaltungshaushaltes
 - ☐ des Vermögenshaushaltes
 - ☐ eines Wirtschaftsplanes

- ☐ Neue Maßnahme
 - ☐ des Verwaltungshaushaltes
 - ☐ des Vermögenshaushaltes
 - ☐ eines Wirtschaftsplanes

☒ Ausgaben

☐ Es entstehen weder einmalige Ausgaben noch Ausgaben in den Folgejahren

☒ Es entstehen Ausgaben

☒ einmalige Ausgabe(n) im Haushaltsjahr 2006

☐ jährlich wiederkehrende Ausgaben

☐ periodisch wiederkehrende Ausgaben in den Jahren _____

FINANZIELLE AUSWIRKUNGEN

Teil 4 Seite 2

Drucksachennummer:
0496/2006

Datum:
24.05.2006

3. Mittelbedarf

<input type="checkbox"/>	Einnahmen	_____	EUR
<input checked="" type="checkbox"/>	Sachkosten	18.900	EUR
<input type="checkbox"/>	Personalkosten	_____	EUR

Die Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben verteilen sich auf folgende Haushaltsstellen:

HH-Stelle/Position	Lfd. HH-Jahr	Folgejahr 1	Folgejahr 2	Folgejahr 3	Folgejahr 4
Einnahmen:					
Ausgaben:					
6300	18.900				
Eigenanteil:	18.900				

FINANZIELLE AUSWIRKUNGEN

Teil 4 Seite 3

Drucksachennummer:
0496/2006

Datum:
24.05.2006

4. Finanzierung

☒ Verwaltungshaushalt

☒ Einsparung(en) bei der/den Haushaltsstelle(n)

HH-Stelle/Position	Lfd. HH-Jahr	Folgejahr 1	Folgejahr 2	Folgejahr 3	Folgejahr 4
6310		17390	17390	17390	17.390
Gesamtbetrag		17390	17390	17390	17.390

☐ Mehreinnahme(n) bei der/den Haushaltsstelle(n)

HH-Stelle/Position	Lfd. HH-Jahr	Folgejahr 1	Folgejahr 2	Folgejahr 3	Folgejahr 4
Gesamtbetrag					

☐ Kein konkreter Finanzierungsvorschlag

Wird durch 20 ausgefüllt

☐ Die Finanzierung der Maßnahme wird den im Haushaltssicherungskonzept festgesetzten

☐ Haushaltsausgleich langfristig nicht gefährden

☐ Die Finanzierung der Maßnahme wird den Fehlbedarf im Verwaltungshaushalt in den nächsten Jahren um folgende Beträge erhöhen und damit das Zieljahr für den Haushaltsausgleich gefährden:

Lfd. HH-Jahr	Folgejahr 1	Folgejahr 2	Folgejahr 3	Folgejahr 4

FINANZIELLE AUSWIRKUNGEN

Teil 4 Seite 4

Drucksachennummer:
0496/2006

Datum:
24.05.2006

☐ Vermögenshaushalt

☐ Einsparung(en) bei der/den Haushaltsstelle(n)

HH-Stelle/Position	Lfd. HH-Jahr	Folgejahr 1	Folgejahr 2	Folgejahr 3	Folgejahr 4
Gesamtbetrag					

☐ Mehreinnahme(n) bei der/den Haushaltsstelle(n)

HH-Stelle/Position	Lfd. HH-Jahr	Folgejahr 1	Folgejahr 2	Folgejahr 3	Folgejahr 4
Gesamtbetrag					

☐ Kreditaufnahme

Wird durch 20 ausgefüllt

☐ Die Maßnahme kann im Rahmen der mit der Bezirksregierung abgestimmten Kreditlinie zusätzlich finanziert werden

☐ Die Maßnahme kann nur finanziert werden, wenn andere im Haushaltsplan/Investitionsprogramm vorgesehene und vom Rat beschlossene Maßnahmen verschoben bzw. gestrichen werden.

FINANZIELLE AUSWIRKUNGEN

Teil 4 Seite 5

Drucksachennummer:

0496/2006

Datum:

24.05.2006

☐ Folgekosten bei Durchführung der Maßnahme im Vermögenshaushalt

☐ Es entstehen keine Folgekosten

☐ Es entstehen Folgekosten ab dem Jahre _____

☐ Sachkosten ☐ einmalig in Höhe von EUR _____

☐ Jährlich in Höhe von EUR _____

☐ bis zum Jahre _____

☐ Personalkosten ☐ einmalig in Höhe von EUR _____

☐ Jährlich in Höhe von EUR _____

☐ bis zum Jahre _____

☐ Erwartete Zuschüsse bzw. Einnahmen zu den Folgekosten EUR _____

☐ Folgekosten sind nicht eingeplant

☐ Folgekosten sind bei der/den Haushaltsstelle(n) wie folgt eingeplant:

HH-Stelle/Position	Lfd. HH-Jahr	Folgejahr 1	Folgejahr 2	Folgejahr 3	Folgejahr 4
Einnahmen:					
Ausgaben:					
Eigenanteil:					

FINANZIELLE AUSWIRKUNGEN

Teil 4 Seite 6

Drucksachennummer:
0496/2006

Datum:
24.05.2006

5. Personelle Auswirkungen

☐ Es sind folgende personalkostensteigernde Maßnahmen erforderlich:

5.1 Zusätzliche Planstellen

Anzahl	BVL-Gruppe	unbefristet/befristet ab/bis	Besetzung intern/extern	Kosten EUR *

5.2 Stellenausweitungen

Stellenplan-Nr.	BVL-Gruppe	Kosten EUR *

5.3 Hebungen

Stellenplan-Nr.	BVL-Gruppe bisher	BVL-Gruppe neu	Kosten EUR *

5.4 Aufhebung kw-Vermerke

Stellenplan-Nr.	BVL-Gruppe	Kosten EUR *

5.5 Stundenausweitung in Teilzeitstellen

Stellenplan-Nr.	BVL-Gruppe	Kosten EUR *

5.6 Überstunden bei Ausgleich durch Freizeit mit entsprechendem Zeitzuschlag

Anzahl	BVL-Gruppe	Kosten EUR *

5.7 Überstunden bei Ausgleich durch vollständige Vergütung

Anzahl	BVL-Gruppe	Kosten EUR *

5.8 Überplanmäßige Einsätze

BVL-Gruppe	Zeitdauer	Umfang in Wochenstunden	Kosten EUR *

Summe Kosten 5.1 bis 5.8	
--------------------------	--

FINANZIELLE AUSWIRKUNGEN

Teil 4 Seite 7

Drucksachennummer:
0496/2006

Datum:
24.05.2006

☐ Es sind folgende personalkostensenkende Maßnahmen möglich:

5.9 Stellenfortfälle

Stellenplan-Nr.	BVL-Gruppe	Kosten EUR *

5.10 Abwertungen

Stellenplan-Nr.	BVL-Gruppe bisher	BVL-Gruppe neu	Kosten EUR *

5.11 kw-Vermerke neu

Stellenplan-Nr.	BVL-Gruppe	Kosten EUR *

5.12 ku-Vermerke neu

Stellenplan-Nr.	BVL-Gruppe	Kosten EUR *

5.13 Stundenkürzung in Teilzeitstellen

Stellenplan-Nr.	BVL-Gruppe	Kosten EUR *

Summe Kosten 5.9 bis 5.13	
---------------------------	--

* = Kostenermittlung auf der Basis der Durchschnitts-Personalkosten des jeweiligen Jahres (von 18/02) bzw. bei Überstunden auf der Grundlage der jeweiligen Überstundenvergütungen

Veröffentlichung:

Ja
Nein, gesperrt bis einschließlich _____

Oberbürgermeister

Gesehen:

Stadtkämmerer

Stadtsyndikus

Beigeordnete/r

Amt/Eigenbetrieb:

- 32 Amt für öffentliche Sicherheit, Verkehr und Personenstandswesen
- 20 Stadtkämmerei
- 61 Fachbereich Stadtentwicklung, Planen und Wohnen
- 66 Fachbereich Planen und Bauen für Grün, Straßen und Brücken
- 67 Fachbereich Grünanlagen-Straßenbetrieb

Gegenzeichen:

Beschlussausfertigungen sind zu übersenden an:

Amt/Eigenbetrieb:

Anzahl:

